

## **Niederschrift**

---

**RAT/IX/039**

**Rat der Stadt Korschbroich**

**Donnerstag, 11.07.2019, 18:25 Uhr**

**Ratssaal, Don-Bosco-Str. 6, 41352 Korschbroich**

### **Tagesordnung**

#### **I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Rat und Verwaltung zu richten.

#### **II. Öffentlicher Teil**

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Ersatzwahl zu den Ausschüssen des Rates der Stadt Korschbroich  
Vorlage: IX/1163
4. Zentralisierung der Verwaltung,  
Vorlage: IX/395/2
5. Erarbeitung einer Stadtentwicklungsstrategie für die Stadt Korschbroich  
Vorlage: IX/1181
6. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW  
hier: Anschaffung von Inneneinrichtungsgegenständen für eine Gruppe des Familienzentrums Josef-Thory-Straße  
Vorlage: IX/1180
7. Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW für die Aufstellung und Miete einer Container-Anlage in Korschbroich, Niers-Aue  
Vorlage: IX/1182
8. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10/9 „An der Sandkuhle“ im Stadtteil Korschbroich  
hier: Satzungsbeschluss  
Vorlage: IX/1080/3

9. 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 20/42 "Westlich Dietrich-Bonhoeffer-Straße" im Stadtteil Kleinenbroich  
hier: Satzungsbeschluss  
Vorlage: IX/1035/7
10. 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 30/5A „Ergänzung Glehn-West“  
hier: Satzungsbeschluss  
Vorlage: IX/1036/7
11. 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10/18 „Gewerbegebiet Friedrich-Ebert-Straße“ im Stadtteil Korschenbroich  
hier: Abwägungs- und Satzungsbeschluss  
Vorlage: IX/887/5
12. Private Nutzung des Dienstkraftfahrzeugs des Bürgermeisters  
Vorlage: IX/1164
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Ratsmitgliedern  
Gem. Anfrage der Ratsfraktionen CDU und SPD

### **III. Nichtöffentlicher Teil**

1. Leitung des Amtes 50 "Soziales und Demografie" / wird als Tischvorlage nachgereicht  
Vorlage: IX/1177/1
2. Verleihung des Heimatpreises 2019 / wird als Tischvorlage nachgereicht  
Vorlage: IX/1183
3. Mitteilungen
4. Anfragen von Ratsmitgliedern



**Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Andretzky, Jochen	Ratsmitglied
Houben, Wolfgang	Ratsmitglied
Kresse, Martin	Ratsmitglied
Lufen, Sabine	Ratsmitglied

**FDP-Ratsfraktion**

Gruhl, Hermann-Joseph	Ratsmitglied
Wolf-Kluthausen, Hanne	Ratsmitglied

**Ratsfraktion ULLi/Zentrum**

Hübgens, Wolfgang	Ratsmitglied
Makowiack, Bernd	Ratsmitglied

**Verwaltung**

Drohen, Markus	Leitung Amt 10
Dückers, Thomas	Beigeordneter Stadtkämmerer
Onkelbach, Georg	Beigeordneter
Ratz, Franziska	Schriftführerin

Nicht anwesend:

Indenhuck, Hubert (CDU)  
Wagemann, Frank (SPD)

## **Niederschrift**

Der Bürgermeister Marc Venten eröffnet die 39. Sitzung des Rates der Stadt Korschenbroich und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Weiter stellt er fest, dass der Rat der Stadt Korschenbroich beschlussfähig ist.

Einwendungen werden nicht erhoben.

Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt einstimmig den folgenden Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen:

### **Öffentlicher Teil**

II./4. Tischvorlage IX/1178/1  
Eckwerte zum Haushalt 2020

Die Nummerierung der ursprünglichen Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

Weiterhin schlägt Bürgermeister Marc Venten vor, auf Vorschlag der Verwaltung, gem. § 11 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Korschenbroich den Tagesordnungspunkt II./13. „Stellplatzsatzung für die Stadt Korschenbroich, hier: Satzungsbeschluss“ von der Tagesordnung abzusetzen.

Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt einstimmig den folgenden Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen:

### **Öffentlicher Teil**

II./13. Vorlage IX/1176/1  
Stellplatzsatzung für die Stadt Korschenbroich  
hier: Satzungsbeschluss

Die Nummerierung der ursprünglichen Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

## **I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Rat und Verwaltung zu richten.

## **II. Öffentlicher Teil**

### **1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin**

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird die Stadtinspektorin Franziska Ratz einstimmig bestellt.

### **2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Als Mitglied zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ratsmitglied Jochen Andretzky einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

### 3. Ersatzwahl zu den Ausschüssen des Rates der Stadt Korschenbroich

#### Beschluss-Nr. IX/1163

Die Ratsmitglieder der Stadt Korschenbroich beschließen durch Ersatzwahl folgende Ausschussumbesetzungen:

#### **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege**

##### Stellv. sachkundige Bürger/-innen

bisher: Wiese, Helmut (CDU-Ratsfraktion)

neu: Lieske, Harald (CDU-Ratsfraktion)

Abstimmungsergebnis:      40 Stimmen dafür  
   0 Stimmen dagegen  
   0 Stimmenthaltungen

### 4. Zentralisierung der Verwaltung,

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers informiert über die derzeitige Finanzlage und gibt eine Prognose für den Verlauf des weiteren Jahres und das erwartete Ergebnis ab, wobei davon auszugehen sei, dass dieses weitestgehend planmäßig eingehalten werde.

Bürgermeister Marc Venten führt kurz in die Problematik der Raumsituation ein und erläutert, dass im Haushalt von den veranschlagten 130.000 Euro ein Anteil in Höhe von 70.000 Euro gesperrt wurde, da seitens der Verwaltung zunächst der Raumbedarf dargestellt werden sollte.

Im Anschluss informiert der Leiter des Amtes für Zentrale Dienste Markus Drohen über die derzeitige Raumsituation und den entsprechenden Bedarf und bittet am Ende seiner Präsentation um die Freigabe der Mittel durch den Rat. Die Präsentation wird zur Anlage genommen.

Das Ratsmitglied Thomas Siegers (CDU) führt aus, dass man seinerzeit bewusst 60.000 Euro nicht gesperrt habe, die jetzige Begründung keine zwei Ausschreibungen vornehmen zu wollen jedoch nachvollziehbar sei. Und sofern nun Platz benötigt werde, wie hier nachdrücklich und verständlich aufgezeigt wurde, müssten die Gelder freigegeben werden.

Dem entgegnet das Ratsmitglied Paul Jahny (SPD), dass man sich bei den Haushaltberatungen auf das Wort der Verwaltung verlassen habe, dass 60.000 Euro ausreichend seien, was jetzt scheinbar nicht mehr der Fall sei. Es stelle sich die Frage, wie der Raumbedarf in den Rathäusern Don-Bosco-Straße und Sebastianusstraße konkret gedeckt werden solle und ob nun auch Maßnahmen in der Don-Bosco-Straße vorgenommen werden müssten oder nur der Ausbau in der Sebastianusstraße und ob hier wiederum die kleinere Variante A oder die größere Variante B angedacht sei. Insgesamt fehle ein schlüssiges Raumkonzept.

Der Leiter des Amtes für Zentrale Dienste Markus Drohen antwortet, dass es notwendig sei, die Gesamtleistungen auszuschreiben, um eine Beauftragung vorzunehmen. Das bedeute jedoch nicht, dass die Beauftragung insgesamt teurer werde. Der Raumbedarf äußere sich darin, dass derzeit 15 Arbeitsplätze fehlten. Ersten Überlegungen nach, könne aus Kostengründen vermutlich nur die kleinere Variante umgesetzt werden, aber selbstverständlich gebe es zum jetzigen Zeitpunkt keine fertigen Pläne, da die Erstellung eben jener ein Teil des Auftrages sei. Bei dem Umbau habe man aufgrund der Breite des Gebäudes einen relativ großen Flur und überdurchschnittlich große Büros mit einer Fläche von 28 qm. Dies sei eigentlich größer als ein normales Doppelbüro, eine Abbildung eines dritten Arbeitsplatzes in den Büros sei aber dennoch schwie-

rig. Daher könne man vermutlich keine 15 Arbeitsplätze abbilden, aber die wenigen fehlenden Plätze könnten gegebenenfalls durch die Umfunktionierung von Besprechungsräumen zu Büros aufgefangen werden.

Das Ratsmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) möchte wissen, wie hoch die Planungskosten denn ungefähr wären, da diese scheinbar höher ausfielen als zuvor gedacht und ob in der bisherigen Planung auch berücksichtigt wurde, dass die Arbeitsplätze von Mitarbeitern in Elternzeit oder Langzeiterkrankten übergangsweise auch genutzt werden könnten.

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass die Kosten nicht höher seien als gedacht und keine Mehrkosten entstünden, sondern lediglich die Mittel freigegeben werden sollen. Diese seien nicht gestrichen, sondern lediglich gesperrt gewesen. Auch betont er nochmals, dass der Raumbedarf nun hinreichend dargestellt wurde.

Der Leiter des Amtes für Zentrale Dienste Markus Drohen bekräftigt, dass es durch die Beauftragung zweier Architekten nicht teurer werde, da es in der Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen (HOAI) feste Regelungen für die Bezahlung gebe. Weiterhin führt er aus, dass vorübergehend freie Plätze bereits jetzt genutzt werden. So könnten in manchen Ämtern Auszubildende beispielsweise nur aufgenommen werden, wenn gleichzeitig andere Mitarbeiter in Urlaub seien.

Das Ratsmitglied Jochen Andretzky betont, dass nun Vorbereitungen gefragt seien. So sollte beispielsweise dargestellt werden, wie sich die Situation im Vergleich zum Herbst 2016 geändert habe. Außerdem frage er sich, warum die Thematik nicht in der vergangenen Woche im Hauptausschuss behandelt worden sei. Daher sollte das Thema im nächsten Hauptausschuss aufgegriffen werden. Dabei solle auch darauf eingegangen werden, wie zum Beispiel die Studie über das mobile Arbeiten, die Teil der Eckdaten sei, diese Situation beeinflusse. Er beantrage daher die Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Bürgermeister Marc Venten stellt fest, dass somit gem. § 13 Abs. 1 lit. d) ein Antrag zur Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse auf Vertagung vorliege und erklärt, dass sich nun noch jeweils ein Ratsmitglied für bzw. gegen den Antrag aussprechen könne.

Das Ratsmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) schließt sich seinem Vorredner an und äußert seine Verwunderung darüber, dass dies nicht im Hauptausschuss im Rahmen des Vortrages zum Flächenmanagement thematisiert wurde.

Das Ratsmitglied Paul Jahny erklärt, dass es notwendig sei, zur besseren Vorbereitung im Hauptausschuss, darzustellen, wie die fehlenden sieben Arbeitsplätze in der Don-Bosco-Straße abgebildet werden sollen. Außerdem würden durch den Ausbau in der Sebastianusstraße dort mehr als die fehlenden acht Arbeitsplätze geschaffen werden. Daher sei es sinnvoll, die Ergebnisse aus der Organisationsuntersuchung hinsichtlich der Umstrukturierung verschiedener Ämter in die Planungen aufzunehmen.

Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt vertagt wurde und daher an dieser Stelle nicht mehr weiter behandelt werde.

#### Beschluss-Nr. IX/395/2

Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt, gegen die Stimmen der Ratsfraktion CDU, den Antrag zur Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse gem. § 13 Abs. 1 lit. d) des Ratsmitgliedes Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen), die Beschlussfassung über die Freigabe der Haushaltsmittel zu vertagen, anzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür  
20 Stimmen dagegen  
0 Stimmenthaltungen

## **5. Erarbeitung einer Stadtentwicklungsstrategie für die Stadt Korschenbroich**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die vorangegangenen Beratungen und die Vorgehensweise, auf die man sich dabei verständigt hatte.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach merkt an, dass das letzte Stadtentwicklungskonzept bereits 2005 erstellt wurde und auf zehn Jahre ausgelegt gewesen sei und nun auch die meisten darin enthaltenen Punkte abgearbeitet seien. Jetzt wolle man folglich die Weichen für die Zukunft stellen und strategische Ziele für die Entwicklung der Stadt erarbeiten. Dabei sei zu überlegen, was gefördert werden solle und wie Korschenbroich auch vor dem Hintergrund des Klimaschutzes zukünftig aussehen solle. All dies solle in einem offenen und transparenten Prozess erfolgen, der zwar viel Arbeit mit sich brächte, aber auch lohnend und spannend sei. Es gehe darum, Korschenbroich in der Zukunft zu gestalten und daher fordere er alle Anwesenden zur umfassenden Unterstützung auf.

Das Ratsmitglied Martin Kresse (Bündnis 90/Die Grünen) betont, dass ein solcher Entwicklungsprozess nur mit Bürgerbeteiligung machbar sei. Um die Transparenz zu gewährleisten und eine wirkliche Chance zu haben, dass das Vorhaben nachher auch umgesetzt werde, müsse der Ältestenrat, der als Steuerungsgruppe eingesetzt werden soll, jedoch öffentlich tagen. Außerdem frage er sich, ob die Haushaltsmittel zur Finanzierung dieses Prozesses bereits im Haushalt berücksichtigt seien. Weiterhin regt er an, die Vorgehensweise zeitlich umzukehren. So sollten bereits direkt zu Beginn die Bürger in einem Entscheidungsverfahren beteiligt werden.

Bürgermeister Marc Venten zeigt sich überrascht hinsichtlich der gewünschten Vorgehensweise. So habe man im Ältestenrat bereits grobe Termine für die jeweiligen Beteiligungen ins Auge gefasst. Daher wäre es sinnvoll gewesen, diesen Wunsch bereits vorher zu äußern, da man sich ansonsten die Vorberatungen im Ältestenrat sparen könne. Es wäre sinnvoll, erst eine grobe Struktur zu erarbeiten und dann die Bürger zu beteiligen. Diese Erfahrungen haben auch andere Städte in der letzten Zeit gesammelt. Außerdem sehe er nicht die Notwendigkeit, dass der Ältestenrat öffentlich tagen müsse, da dieser nie das Entscheidungsgremium sei. Dies sei weiterhin der Rat, der schließlich öffentlich tage, um die Transparenz zu gewährleisten.

Das Ratsmitglied Erwin Matthias Roden (CDU) erkundigt sich, ob die Verwaltung bei der Erstellung der Strategie von einer bestimmten Bevölkerungszahl ausgehe, die erreicht bzw. nicht überschritten werden sollte.

Bürgermeister Marc Venten bestätigt dies. Es sei wichtig darüber zu sprechen, wie Korschenbroich einerseits wachsen könne, ohne andererseits seinen dörflichen Charakter zu verlieren.

Das Ratsmitglied Thomas Siegers stellt dar, dass der Eindruck erweckt werde, dass man sich hinter dem Deckmantel der Bürgerbeteiligung verstecken wolle, um keine Entscheidungen zu treffen. Jedoch bestehe der Rat aus gewählten Vertretern der Bürgerschaft, sodass man nicht jede Entscheidung auf die Bürger abwälzen könne, sondern zunächst eigene Schwerpunkte setzen müsse.

Das Ratsmitglied Albert Richter erinnert daran, dass einige der Anwesenden schon einmal an einem Stadtentwicklungskonzept mitgearbeitet hätten und man die Erfahrung, die man dabei gemacht habe, berücksichtigen solle. Daher sei es wichtig, zunächst den Rahmen des Projektes abzustecken, da die Masse an Möglichkeiten ansonsten zu groß sei. Erst einmal sei die Projekt-







## **7. Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW für die Aufstellung und Miete einer Container-Anlage in Korschenbroich, Niers-Aue**

Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass der Umstand bekannt sei, dass die Fertigstellung der Kindertagesstätte in der Niers-Aue sich verzögere. Daher müsse man auf das Aufstellen von Containern als Zwischenlösung zurückgreifen. Der Vorteil sei, dass diese weiterhin genutzt werden könnten, sobald die Kita fertig gebaut sei. So wisse man mittlerweile, dass es einen zusätzlichen Bedarf im Ortsteil Kleinenbroich gebe, weshalb eine Kita im Eickerender Feld angedacht sei. Bis diese jedoch gebaut werden könne, könnten die Container in Korschenbroich auch hierfür als Zwischenlösung dienen, ohne dass ein Fehlbedarf entstehe.

Das Ratsmitglied Peter-Josef Fels möchte wissen, ob es nicht möglich gewesen wäre, die betroffenen Kinder übergangsweise auf die bereits vorhandenen Kindertagesstätten zu verteilen, was von Herrn Dückers verneint wird.

Weiterhin ist das Ratsmitglied Peter-Josef Fels der Auffassung, dass man die Kosten in Höhe von 155.000 Euro auf die Laufzeit von dreieinhalb Jahren aufteilen müsse und diese sich daher nicht gänzlich ergebniswirksam in 2019 auswirkten, wie es in der Sitzungsvorlage fälschlicherweise dargestellt werde. Außerdem müsse man Rückstellungen für den Abbau berücksichtigen.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers entgegnet, dass die Kosten dieses Jahr anfielen und dementsprechend auch in 2019 berücksichtigt werden müssten. Um Rückstellungen bilden zu können, bräuchte man nebenbei auch genug Geld.

Das Ratsmitglied Hanns-Lothar Endell erkundigt sich, ob es angesichts der abflachenden Flüchtlingskrise nicht eventuell möglich sei, eine gebrauchte Container-Anlage zu nutzen.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers versichert, dass man immer die wirtschaftlichste Möglichkeit vorschlage. Die gebrauchten Container hätten einer sehr starken Abnutzung unterlegen und dies sei den Eltern und Kindern gegenüber nicht zu vertreten.

Dem fügt der Beigeordnete Georg Onkelbach hinzu, dass an die Container, die für eine Kindertagesstätte genutzt werden sollen, bestimmte Voraussetzungen bezüglich der Mindestmaße und Ähnlichem zu stellen seien, sodass nicht einfach jeder Container genutzt werden könne.

Das Ratsmitglied Bernd Makowiack bezweifelt, dass es sich hierbei wirklich um außerplanmäßige Ausgaben handle. Außerplanmäßig sei eine Auszahlung nur, wenn die nicht vorhersehbar gewesen wäre. Dies sei hier nicht der Fall.

Das Ratsmitglied Albert Richter betont, dass man die Kindertagesstätte benötige und da das eigentliche Gebäude eben noch nicht fertig sei, sei eine andere Lösung unabdingbar. Die SPD unterstütze daher den Vorschlag.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach erläutert, dass man als Stadt absichtlich darauf verzichtet habe, die Kindertagesstätte selber zu bauen und sich stattdessen einen Bauträger gesucht habe, in der Hoffnung, dass dieser den Bau rechtzeitig vollenden könne. Dieser Plan sei leider nicht aufgegangen. Möglicherweise hätte man auf ein Provisorium verzichtet, wenn darüber hinaus nicht auch noch Bedarf für eine Kita im Eickerender Feld bestünde. Da diese Kita noch nicht geplant sei, dauere es noch mindestens zwei Jahre bis der Bedarf auf diese Weise gedeckt werden könne. Da man denjenigen, die in der Niers-Aue gebaut haben, die Zusage gegeben habe, Kita-Plätze zur Verfügung zu stellen, müsse man sich auch daran halten. Aus finanzieller Sicht sei dies zwar unangenehm, verschaffe aber Ruhe für den Bau der Kindertagesstätte im Eickerender Feld.



**8. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10/9 „An der Sandkuhle“ im Stadtteil Korschenbroich  
hier: Satzungsbeschluss**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatungen im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege und lässt über die Beschlussvorschläge in Gänze abstimmen.

Beschluss-Nr. IX/1080/3

1. Der Rat nimmt Kenntnis von den im Rahmen der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB und der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10/9 „An der Sandkuhle“ eingegangenen Anregungen sowie den hierzu abgegebenen Stellungnahmen der Verwaltung und stellt diese in die Abwägung ein. Die Abwägung zu den vorgebrachten Anregungen wird vom Rat entsprechend den Empfehlungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege vom 02.07.2019, die zu den einzelnen Anregungen abgegeben wurden, abschließend beschlossen.
2. Die durch Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege vom 29.01.2019 aufgestellte 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10/9 „An der Sandkuhle“ wird gem. § 10 Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW.S.666 ff) – SGV.NRW.2023 –, zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 11. April 2019 (GV. NRW. S. 202), vom Rat der Stadt Korschenbroich als Satzung beschlossen. Zu der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10/9 „An der Sandkuhle“ gehört die Entscheidungsbeurteilung, die ebenfalls beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis: 40 Stimmen dafür  
0 Stimmen dagegen  
0 Stimmenthaltungen

**9. 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 20/42 "Westlich Dietrich-Bonhoeffer-Straße" im Stadtteil Kleinenbroich  
hier: Satzungsbeschluss**

Das Ratsmitglied Albert Richter erklärt sich für befangen und nimmt in dem für Zuhörerinnen und Zuhörer bestimmten Bereich Platz.

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatungen im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege und lässt in Gänze abstimmen.

Beschluss-Nr. IX/1035/7

1. Der Rat nimmt Kenntnis davon, dass im Rahmen der erneuten Behördenbeteiligung nach § 4a Abs. 3 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB und der erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 4a Abs. 3 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplans Nr. 20/42 „Westlich Dietrich-Bonhoeffer-Straße“ keine Anregungen eingegangen sind.
2. Die durch Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege vom 13.11.2018 aufgestellte 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplans Nr. 20/42 „Westlich Dietrich-Bonhoeffer-Straße“ wird gem. § 10 Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit den §§ 7 und

41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW.S.666 ff) – SGV.NRW.2023 –, zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 11. April 2019 (GV. NRW. S. 202), vom Rat der Stadt Korschenbroich als Satzung beschlossen. Zu der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplans Nr. 20/42 „Westlich Dietrich-Bonhoeffer-Straße“ gehört die Entscheidungsbegründung, die ebenfalls beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis:        39 Stimmen dafür  
                                      0 Stimmen dagegen  
                                      0 Stimmenthaltungen

**10. 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 30/5A „Ergänzung Glehn-West“  
hier: Satzungsbeschluss**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatungen im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege und lässt über die Beschlussvorschläge in Gänze abstimmen.

Beschluss-Nr. IX/1036/7

1. Der Rat nimmt Kenntnis von den im Rahmen der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB und der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 30/5A "Ergänzung Glehn-West" eingegangenen Anregungen sowie den hierzu abgegebenen Stellungnahmen der Verwaltung und stellt diese in die Abwägung ein. Die Abwägung zu den vorgebrachten Anregungen wird vom Rat entsprechend den Empfehlungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege vom 02.07.2019, die zu den einzelnen Anregungen abgegeben wurden, abschließend beschlossen.
2. Die durch Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege vom 13.11.2018 aufgestellte 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 30/5A "Ergänzung Glehn-West" wird gem. § 10 Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW.S.666 ff) – SGV.NRW.2023 –, zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 11. April 2019 (GV. NRW. S. 202), vom Rat der Stadt Korschenbroich als Satzung beschlossen. Zu der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 30/5A "Ergänzung Glehn-West" gehört die Entscheidungsbegründung, die ebenfalls beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis:        40 Stimmen dafür  
                                      0 Stimmen dagegen  
                                      0 Stimmenthaltungen

**11. 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10/18 „Gewerbegebiet Friedrich-Ebert-Straße“  
im Stadtteil Korschenbroich  
hier: Abwägungs- und Satzungsbeschluss**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatungen im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege und lässt über die Beschlussvorschläge in Gänze abstimmen.

Beschluss-Nr. IX/887/5

1. Der Rat nimmt Kenntnis von den im Rahmen der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB und der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10/18 „Gewerbegebiet Friedrich-Ebert-Straße“ eingegangenen Anregungen sowie den hierzu abgegebenen Stellungnahmen der Verwaltung und stellt diese in die Abwägung ein. Die Abwägung zu den vorgebrachten Anregungen wird vom Rat entsprechend den Empfehlungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege vom 02.07.2019, die zu den einzelnen Anregungen abgegeben wurden, abschließend beschlossen.
2. Die durch Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege vom 31.08.2017 aufgestellte 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10/18 „Gewerbegebiet Friedrich-Ebert-Straße“ wird gem. § 10 Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW.S.666 ff) – SGV.NRW.2023 –, zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 11. April 2019 (GV. NRW. S. 202), vom Rat der Stadt Korschenbroich als Satzung beschlossen. Zu der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10/18 „Gewerbegebiet Friedrich-Ebert-Straße“ gehört die Entscheidungsbegründung, die ebenfalls beschlossen wird

Abstimmungsergebnis:      40 Stimmen dafür  
   0 Stimmen dagegen  
   0 Stimmenthaltungen

## **12. Private Nutzung des Dienstkraftfahrzeugs des Bürgermeisters**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf das Schreiben des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 02.04.2019, das in der Sitzungsvorlage erläutert wird.

Das Ratsmitglied Jochen Andretzky sieht diesbezüglich noch Beratungsbedarf, da das Land schließlich nur die Möglichkeit vorsehe, aber eben keine Verpflichtung.

Bürgermeister Marc Venten nennt kurz einige Fakten zu seinem Dienstwagen und der derzeitigen Nutzung. So handle es sich um ein Fahrzeug aus einem Sonderprogramm, das zu besonders günstigen Konditionen geleast werden könne. Dieses nutze er seit einem Jahr und habe nun einen Tachostand von circa 10.000 km. Darunter fielen auch eine Sonderfahrt nach Carbonne zur Partnerstadt und eine weitere Fahrt nach Bad Salzschlirf zur Akademie für Standesbeamte, die zusammen ungefähr 3.000 km ausmachten. Umgerechnet führe er also durchschnittlich 19 Kilometer pro Tag. Darin enthalten sei der Arbeitsweg, der selbstverständlich als geldwerter Vorteil bei der Steuer anzugeben sei. Sämtliche Fahrten seien im vergangenen Jahr über ein Fahrtenbuch abgerechnet worden. Er habe insgesamt 43 Euro für private Fahrten zahlen müssen.

Das Ratsmitglied Hanns-Lothar Endell gibt zu verstehen, dass auch er zuvor Bedenken gehabt habe und daher recherchiert habe, wie andere Städte dies handhaben. Die Ergebnisse seien recht unterschiedlich ausgefallen. Angesichts des geringen Umfangs sei dies jedoch unerheblich.

Bürgermeister Marc Venten, sowie seine Stellvertreter Albert Richter und Hans-Willi Türks (CDU) erklären sich für befangen und nehmen nicht an der Abstimmung teil.

Beschluss-Nr. IX/1164

Der Rat der Stadt Korschenbroich genehmigt dem Bürgermeister der Stadt Korschenbroich auf der Grundlage der in seinem Schreiben vom 02.04.2019 erteilten Hinweise des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen die private Nutzung des ihm zur Verfügung gestellten Dienstkraftfahrzeugs im Bereich der Bundesrepublik Deutschland.

Für Privatfahrten in Ausübung einer genehmigten Nebentätigkeit gelten die Vorschriften der Nebentätigkeitsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen. Danach ist ein kostendeckendes Nutzungsentgelt zu entrichten, soweit keine Ausnahmetatbestände erfüllt sind.

Die vorstehenden Regelungen gelten auch für die mit der ständigen Vertretung des Bürgermeisters der Stadt Korschenbroich befassten Personen, sofern und solange sie die Vertretung tatsächlich wahrnehmen, also z.B. während eines Urlaubes oder einer Erkrankung.

Abstimmungsergebnis:        35 Stimmen dafür  
                                      0 Stimmen dagegen  
                                      0 Stimmenthaltungen

### **13. Mitteilungen**

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers teilt mit, dass das Land in dieser Woche die Eckdaten zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 beschlossen habe. Für Ende Juli bzw. Anfang August werde die Arbeitskreisrechnung erwartet, in der die zu erwartenden Mittel für die jeweiligen Kommunen im Jahr 2020 berechnet werden.

### **14. Anfragen von Ratsmitgliedern** **Gem. Anfrage der Ratsfraktionen CDU und SPD**

- a) Das Ratsmitglied Thomas Siegers führt aus, dass die gemeinsame Anfrage der SPD-Ratsfraktion und der CDU-Ratsfraktion selbsterklärend sei und man mit dieser Anfrage die Bedeutung des Klimaschutzes in den Vordergrund stellen wolle.  
Der Beigeordnete Georg Onkelbach informiert über den derzeitigen Sachstand bezüglich des Klimaschutzkonzeptes und des Klimamanagers. Die entsprechende Erklärung werde zur Niederschrift genommen.
- b) Das Ratsmitglied Wolfgang Houben teilt mit, dass es am 10.07.2019 eine Veranstaltung im Ratssaal gegeben habe, bei der man eine Bürgerinitiative gegen den Fluglärm gründen wollte, der vor allem im Süden der Stadt durch den Flughafen Düsseldorf verursacht werde. Zu dieser Veranstaltung seien circa 30 Personen gekommen; 22 von ihnen seien bereit gewesen eine entsprechende Bürgerinitiative zu gründen. Daher habe man den Beschluss gefasst, einen geschäftsführenden Vorstand einzusetzen, sodass im Herbst die erste ordentliche Versammlung stattfinden könne.
- c) Weiterhin informiert das Ratsmitglied Wolfgang Houben darüber, dass das Ratsmitglied Wolfgang Lieser und er in Betracht zögen, nach der Sommerpause einen Vorschlag zur Ausrufung des Klimanotstandes in den Rat einzubringen und ruft die Ratsmitglieder diesbezüglich zur Mitarbeit auf.  
Das Ratsmitglied Thomas Siegers mahnt an, dass man dieses Thema möglichst konstruktiv angehen solle. So habe der Beigeordnete Georg Onkelbach zuvor vorgetragen, welche Maßnahmen derzeit in Korschenbroich zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes und zur Einstellung eines Klimaschutzmanagers unternommen würden.



Das Ratsmitglied Wolfgang Houben erwidert, dass der Vorschlag keinesfalls destruktiver Art sei. So gehe es unter anderem darum, festzulegen, welche konkreten Aufgaben der Klimaschutzmanager wahrnehmen solle.

Bürgermeister Marc Venten gibt zu bedenken, dass dies sich nicht unerheblich auf die Ausschreibung und die notwendige Qualifikation der Bewerber auswirken könne.

Das Ratsmitglied Wolfgang Lieser äußert sich dahingehend, dass viele Gemeinden den Klimanotstand ausgerufen haben, eine derartige Akklamation aber nur sinnvoll sei, wenn dann auch etwas passiere. Daher möchte er noch einmal klarstellen, dass es für das Ratsmitglied Wolfgang Houben und ihn wichtig sei, dies konstruktiv mit Inhalt zu füllen.

Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt Anfragen nicht dazu da sei, neue Diskussionen aufkeimen zu lassen. Das Thema werde aber sicherlich bei einer anderen Gelegenheit wieder aufgenommen.

Das Ratsmitglied Albert Richter gibt zu bedenken, dass man das Thema an den Umweltausschuss verweisen sollte, damit es nicht zur Bildung von weiteren Unterausschüssen käme.

- d) Das Ratsmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) teilt mit, dass auf der Oststraße 33 Baken stünden und der Bürgersteig gesperrt sei und fragt an, warum dies so sei.  
Bürgermeister Marc Venten erwidert, dass er dies prüfen lassen werde.

Hiermit bestätige ich, dass diese digitale Ausfertigung der Niederschrift mit dem Original übereinstimmt.

gez.  
Marc Venten  
Bürgermeister